Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 11

Rubrik: Dossier : kein Ende des Nationalstaats?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anthony de Jasay, *geboren 1925 in Ungarn, studierte Wirtschaftswissenschaften in Budapest und Australien. Von 1957 bis 1962 lehrte er in Oxford am Nuffield College. Bis 1979 war er im Immobilien- und Finanzgeschäft tätig. Er lebt in Frankreich und hat bis heute zahlreiche Beiträge zur sozialen und politischen Philosophie publiziert. Dieser Beitrag wurde von Dr. Christoph Frei, Paris, übersetzt.*

Ist national rational?

Ursachen und Folgen ethnischer Konflikte

Die meisten Zeitgenossen liberaler Gesinnung tendieren dazu, den Nationalismus als Instinkt der weniger feinen Art zu betrachten. Als solcher liegt er jenseits des Zugriffs kritischer Vernunft. Nationalismus wird mit einer persönlichen Neigung verglichen, mit einer «Leidenschaft», die zwar Verhalten kaum erklären kann, aber ihrerseits nicht im Dienst höherer Ziele und Zwecke steht.

Im Zuge meiner Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen ethnischer Konflikte musste ich unlängst an eine junge Frau denken, die eine Zeitlang meine Manuskripte umgeschrieben hatte. Zu Beginn bekundete sie einige Mühe beim Entziffern meiner Handschrift. Insbesondere verwechselte sie die Buchstaben «r» und «n». Schrieb ich also national, so hiess es nachher rational, und umgekehrt. Die Resultate waren manchmal ganz erstaunlich. Eine Möglichkeit der Annäherung an das Phänomen Nationalismus kann darin bestehen, den Gegenstand gewissermassen wider besseres Wissen als rational bedingt zu deuten: Wenn auch der Nationalismus tatsächlich auf Gefühle zurückgeht, die ihrerseits auf historischen Zufälligkeiten beruhen, so lässt sich doch hypothetisch fragen, ob er nicht auch das Resultat rationaler Entscheidungen *(rational choice)* sein könnte. Gesucht wäre also eine Theorie, welche die Erscheinungen des Nationalismus so erklärt, als ob sie die jeweils angemessenen, vielleicht sogar bestmöglichen Strategien nutzenmaximierender Individuen im Zuge sozialer Interaktion darstellten. Den Begriff der «Nutzenmaximierung» verwende ich dabei im weitesten Sinne; er schliesst alle Motive mit ein, die beschreiben, was Menschen auf der Grundlage bestimmter Mittel und Informationen tun zu müssen glauben, um zur bestmöglichen Kombination jener materiellen oder immateriellen Werte zu gelangen, die ihnen wichtig und teuer sind. Wenn es uns gelänge, eine solche Theorie zu entwickeln, dann liesse sich Nationalismus als etwas Instrumentelles, Zweckgerichtetes darstellen – als eine Erscheinung, die auf der Grundlage eines methodologischen Individualismus' verständlich wird. Das gleiche gälte für den Nationalstaat als institutionelle Verkörperung des Nationalismus.

Nutzen und Kosten kollektiven Handelns

Damit Nationalismus im Rahmen eines Maximierungskalküls Sinn machen kann, muss es im Zuge menschlicher Interaktionen Situationen geben, in denen die beste Antwort auf die Handlungen anderer darin besteht, kollektiv vorzugehen. Diese beste Reaktion also setzt gemeinsames Handeln voraus. Die Individuen müssen sich in einer Gruppe zusammenschliessen, als Gruppe entscheiden und solche Entscheidungen auch respektieren. Im Gegenzug «ernten» sie den nach unserer Hypothese spezifischen Nutzen kollektiven Handelns. Dieser Nutzen (wenn es ihn denn gibt) hängt von mindestens zwei Variablen ab. Die eine betrifft die Grösse und Zusammensetzung der Gruppe: Wer gehört ihr an, wer bleibt ausgeschlossen? Je grösser eine Gruppe, desto stärker ist sie –

Dieser Beitrag ist für die im September dieses Jahres in Wien abgehaltene Tagung der Mont Pèlerin Gesellschaft verfasst worden. Die hier gekürzte Fassung gibt nur einen Teil der Argumentation wieder. Weitere Überlegungen des Autors werden in einem späteren Heft als separater Artikel erscheinen.

aber wohl auch: desto schwächer ist ihr Zusammenhalt. Je grösser eine Gruppe, desto kleiner ist überdies die Welt ausserhalb, jener Raum also, in welchem das gemeinsame Handeln Vorteile bringen kann. Die zweite Variable betrifft die Qualität jener Entscheidungen, welche die Gruppe trifft und vollzieht: Wie werden sie getroffen? Sind sie – simplifiziert ausgedrückt – «demokratisch» oder «autokratisch»? Wem werden die Kosten von Entscheidungen aufgebürdet? Schliesslich: Welche Mechanismen verhindern dumme Fehler? Beide Variablen berühren ganz offensichtlich Kernbereiche der einzelstaatlichen Problematik, nämlich die innere Entscheidungsfindung und -durchsetzung.

Bevor Gruppen ihren Mitgliedern Nutzen bringen können, müssen sie aufgebaut und unterhalten werden. Ihre Grösse und Form, ihr Zusammenhalt und *modus operandi* sind dabei von einiger Bedeutung – nicht nur im Hinblick auf ihre Effizienz als Institution, sondern auch bezüglich jener Kosten, welche für den Aufbau und den Unterhalt der Gruppe anfallen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass kollektiv agierende Gruppen ihrer Form nach zumeist Sprachgemeinschaften waren. Diese Gemeinschaften erfüllten bereits die grundlegende Funktion einer Gruppe, indem sie bestimmte Menschen ein-, andere aber ausschlossen. Im Vergleich mit anderen Merkmalen (wie: Sippe, Stamm, Rasse, soziale Klasse oder Religion) ist die Sprache das historisch wichtigste Kriterium für die wechselseitige Abgrenzung von Gruppen. Ob dieses Kriterium auch dem Erfordernis grösster Effizienz (oder niedrigster Kosten) gerecht wird, ist eine Ermessensfrage. Eher bejaht wird sie von den Anhängern einer Theorie sozio-biologischer Selektion; für sie ist das blosse Überleben einer sozialen Institution ein Zeugnis für ihre Effizienz. Wie dem auch sei – bis vor relativ kurzer Zeit meinte «Nation» stets in erster Linie eine Sprachgemeinschaft; erst zum Ende des 18. Jahrhunderts hat der Begriff auch eine markant politische Konnotation erhalten.

Auch sonst grenzt sich eine Gruppe in der Regel auch nach aussen ab: Sie hat ihre spezifischen Regeln und Bräuche, Mythen und Legenden zur eigenen Geschichte, überdies kennt sie eine bestimmte Loyalität zu einem Zentrum, schliesslich auch ein gewisses Mass an territorialer Hoheit. All diese Abgrenzungen sind nun aber kostspielig in ihrer Einführung ebenso wie im Unterhalt. Die Kosten sind dabei desto höher, je stärker der innere Zusammenhalt der Gruppe sein soll. Grundsätzlich gilt, dass Kosten dort anfallen, wo Konformität verlangt und so der Vorteil der Vielfalt *innerhalb* der Gruppe aufgegeben wird. Kosten entstehen überdies dort, wo solche Vielfalt *zwischen* Gruppen aufrechterhalten wird, die von sich aus zu natürlichen Übereinstimmungen tendieren würden.

Je grösser eine Gruppe, desto kleiner ist überdies die Welt ausserhalb, jener Raum also, in welchem das gemeinsame Handeln Vorteile bringen kann.

Die Option des Trittbrettfahrens ist individuell gesehen rational.

Von der Nation zum Nationalstaat

Die Maximierung des mutmasslichen Vorteils gemeinsamen Handelns zum Preis jener Kosten, die für Bildung und Unterhalt der Gruppe anfallen, ist *ex hypothesi* kollektiv rational, solange der Grenznutzen gemeinsamen Handelns die gleichzeitig anfallenden Grenzkosten übersteigt: Vom konkreten Vorgehen hängt letztlich ab, wie gross die erreichten Vorteile insgesamt sind – und damit auch, wie gross der durchschnittliche Vorteil für die einzelnen Mitglieder der Gruppe ausfällt. Allein, jedes dieser Mitglieder kann den Durchschnitt übertreffen, wenn es sich nicht an den Gruppenkosten beteiligt, während andere ihren Beitrag leisten. Mit anderen Worten: Die Option des Trittbrettfahrens ist individuell gesehen rational. Falls diese Option tatsächlich allen – oder auch nur den meisten – Angehörigen der Gruppe offensteht, so bleiben Kosten ungedeckt: Das rationale Vorgehen des einzelnen wird das kollektiv rationale Gesamtergebnis vereiteln. Wir gelangen hier offensichtlich zu einem Grundproblem, wie es im *Gefangenendilemma* (siehe gegenüber) zum Ausdruck kommt und die Bereitstellung öffentlicher Güter schlechthin charakterisiert.

Ähnliche Anreizstrukturen, und damit auch ähnliche Dilemmata, kennzeichnen die Nation als diskriminierende Gruppe, die ihre Mitglieder gegenüber Aussenstehenden bevorteilt. Die Verhinderung des Trittbrettfahrens setzt voraus, dass eine den Individuen übergeordnete Instanz existiert, welche mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist. Darum handelt die Nation letztlich dann rational, wenn sie sich zum Nationalstaat wandelt.

Gefangenendilemma
Zwei Männer, die ein schweres Verbrechen begangen haben, werden je in einer Zelle festgehalten. Die Beweise des Staatsanwalts reichen aber nur aus, um sie einer Lappalie zu überführen, weshalb er jedem einzelnen ein Angebot macht: «Legst du ein Geständnis ab, während dein Kollege Stillschweigen bewahrt, kommst du frei. Schweigst du und dein Kumpan packt aus, wanderst du für zwanzig Jahre hinter Gitter. Sind alle beide geständig, kriegt ihr je fünf Jahre.»
Das Dilemma der Häftlinge besteht darin, dass sie am besten fahren, wenn keiner «singt». Gleichzeitig ist die Versuchung enorm, mit der Wahrheit herauszurücken, kann doch jeder einzelne, ganz gleich, was der andere tut, durch ein Geständnis die Strafe reduzieren. Damit steht das Gefangenendilemma für alle Situationen, in denen Individuen oder andere Teile eines Ganzen zu Handlungen verleitet werden, die den Gesamtinteressen zuwiderlaufen.

Je schwächer die Option des Trittbrettfahrens, desto leichter ist die Aufgabe für den Nationalstaat, um so niedriger bleiben auch die Kosten für seinen Vollzugsapparat. Die soziale Ächtung jener Option ist die Aufgabe des Patriotismus in all seinen Formen; dessen Züchtung erscheint daher als durchaus sinnvoll; sie ist kollektiv rational. Feindseligkeit und Argwohn gegenüber Fremden und ihren Lebensarten ebenso wie die Liebe zum Eigenen funktionieren als Gefühlsregungen so, *als ob* sie bewusst eingesetzte Mittel wären, um das Dilemma aufzulösen, das dort auftritt, wo kollektive und individuelle Rationalität sich widersprechen. Wer nun aber die heutigen, ebenso virulenten wie hässlichen Nationalismen einfach auf die Führung des Nationalismus zurückführen wollte, ein grundlegendes soziales Dilemma aufzulösen, greift natürlich zu kurz.

Entscheidungen im Interesse aller?

Wie jedes andere staatliche Gebilde, vielleicht aber mit mehr Effizienz und weniger Skrupel, ermöglicht der Nationalstaat das Treffen von Entscheidungen, die zwar für alle gelten, die aber Nutzen und Kosten ungleich auf verschiedene Gruppen verteilen. Im Unterschied zu gewöhnlichen Konflikten, in denen die eine Partei schlicht darum gewinnt und die andere nur darum verliert, weil Macht Recht hat, nehmen solche öffentlichen Entscheidungen als Resultate politischer Prozesse für sich in Anspruch, dem *bonum commune* oder dem «nationalen Interesse» förderlich zu sein. Dieser Anspruch wird von demokratischen Regierungen anders begründet als von halb-demokratischen oder autoritären; stets aber basiert die Begründung auf der schönen Versicherung, jede Umverteilung resultierte unter dem Strich in einem positiven Nutzensaldo, in vermehrter Wohlfahrt oder nationaler Stärke. In der Regel sind derartige Versicherungen entweder nicht falsifizierbar oder erwiesenermassen falsch. Die *Public-Choice-Theorie* hat zweifelsfrei erwiesen, dass solche Massnahmen eine Verschwendung im Sinne verschleuderten Wohlstands bedeuten. Darüber hinaus hat sie aber auch gezeigt, dass diese Massnahmen nicht etwa bloss zufälligen Fehlentscheidungen entspringen; vielmehr stehen sie mit fast zwingender Notwendigkeit am Endes eines Prozesses rationaler politischer Nutzenmaximierung von individueller Warte aus. «Politisch» meint hier die gezielte Nutzung verbindlicher sozialer Entscheidungsmechanismen.

Wie jedes andere staatliche Gebilde, vielleicht aber mit mehr Effizienz und weniger Skrupel, ermöglicht der Nationalstaat das Treffen von Entscheidungen, die zwar für alle gelten, die aber Nutzen und Kosten ungleich auf verschiedene Gruppen verteilen.

Eine mögliche Folge solcher Umverteilungspolitik ist die Neigung, Freiheiten, Rechte und Privilegien von heterogenen Minoritäten weg zur dominanten nationalen Gruppe im Staate hin umzuverteilen. Vom liberalen Standpunkt aus erscheint dabei eine Politik der Unterdrückung ethnischer oder religiöser Minderheiten als moralisch verwerflicher als die blosse routinemässige Umverteilung materieller Ressourcen von dominierten zu dominanten Volksteilen. Die kollektiv irrationalen, wohlfahrtsmindernden Effekte materieller Umverteilung sind von der ökonomischen Forschung erschöpfend belegt; dagegen sind die Verluste, welche dem Volksganzen durch die Unterdrückung einzelner Volksteile enstehen, schwieriger nachzuweisen. Man wird aber sagen dürfen, dass die organisierte Diskriminierung von Minderheiten zwar kollektiv irrational ist, individuell aber durchaus Sinn machen kann – vor allem für die Mitglieder des dominanten Volksteils. Öffentliche Umverteilungsmassnahmen, so unterschiedlich sie im einzelnen auch zu sein scheinen, teilen sich zumindest in eine Gemeinsamkeit: Sie wiederholen das Gefangenendilemma insofern, als die für einzelne Individuen ra-

tionale Strategie tatsächlich nicht optimal für die Gesamtheit ist.

Ein kostspieliges Patt

Der Fall des unentschiedenen Dauerkonflikts gehört zu den meistuntersuchten Situationen, welche den Nationalstaat zu kollektiver Irrationalität verleiten. Der spezifische Nutzen aus kollektivem Handeln spricht gegen individuelles Einzelkämpfertum. Wenn aber dieser Anreiz Individuen dazu bringt, sich zu Gruppen zusammenzuschliessen und wenn dieser Prozess zur Bildung von Nationalstaaten führt, dann bleiben zuletzt keine Individuen mehr für jene Interaktionen, in denen sie einen spezifischen Nachteil erleiden könnten. Alle werden sich in Gruppen ähnlicher Art zu schützen suchen; Nationalstaaten sind nur mehr mit ihresgleichen konfrontiert.

Wenn alle die gleiche Strategie wählen, gewinnt zwar niemand mehr dabei, es kann sich aber auch niemand mehr erlauben, einen anderen Weg zu gehen. Dies trifft für Individuen wie für Nationalstaaten zu. Individuen sehen sich unter die Obhut ihres Nationalstaates gezwungen, um ihre Freiheitsrechte, ihr Eigentum und ihre «Identität» vor anderen Nationalismen zu schützen. Dieses Vorgehen bringt indessen keinen Gewinn; man kann sogar einwenden, wer seine Freiheit und sein Eigentum dem Schutz des Staates anvertraue, wähle den sichersten Weg, von beidem zu verlieren. Allein, in einer unsicheren Welt souveräner Nationalstaaten riskiert auch viel, wer jenen Schutz nicht sucht. «Abrüstung» im wörtlichen und übertragenen Sinn, in kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen ebenso wie in bezug auf Kanonen und Raketen, ist in der Tat das Beste für alle, wenn alle es tun. Sie ist aber keine rationale Option für einzelne Staaten, unabhängig davon, ob andere Staaten ebenfalls abrüsten oder nicht. Es ist dies die angeblich (und ungenau) von *Hobbes* abgeleitete Logik, welche die wechselseitigen Beziehungen zwischen Nationalstaaten offenbar determiniert und dabei auch verhindert, dass diese Staaten sich überhaupt verändern – und so auch ihre misstrauisch-eifersüchtigen Nationalismen ablegen könnten.

Die zugrundeliegende Logik ist nicht so unerschütterlich, wie es den Anschein macht. Umgekehrt gibt es aber doch eine ganze Reihe historischer Beispiele, in deren Verlauf diese Logik des Handelns tatsächlich zum Tragen kam. Die Bestialität der Hutus und Serben gegenüber ihren ungeschützten, ethnisch verschiedenen Landsleuten weist auch in jüngster Vergangenheit darauf hin, dass es durchaus noch schlechtere Lösungen gibt als Pattsituationen zwischen Nationalstaaten.

Die Abrüstung ist aber keine rationale Option für einzelne Staaten, unabhängig davon, ob andere Staaten ebenfalls abrüsten oder nicht.

Aus eins mach zwei

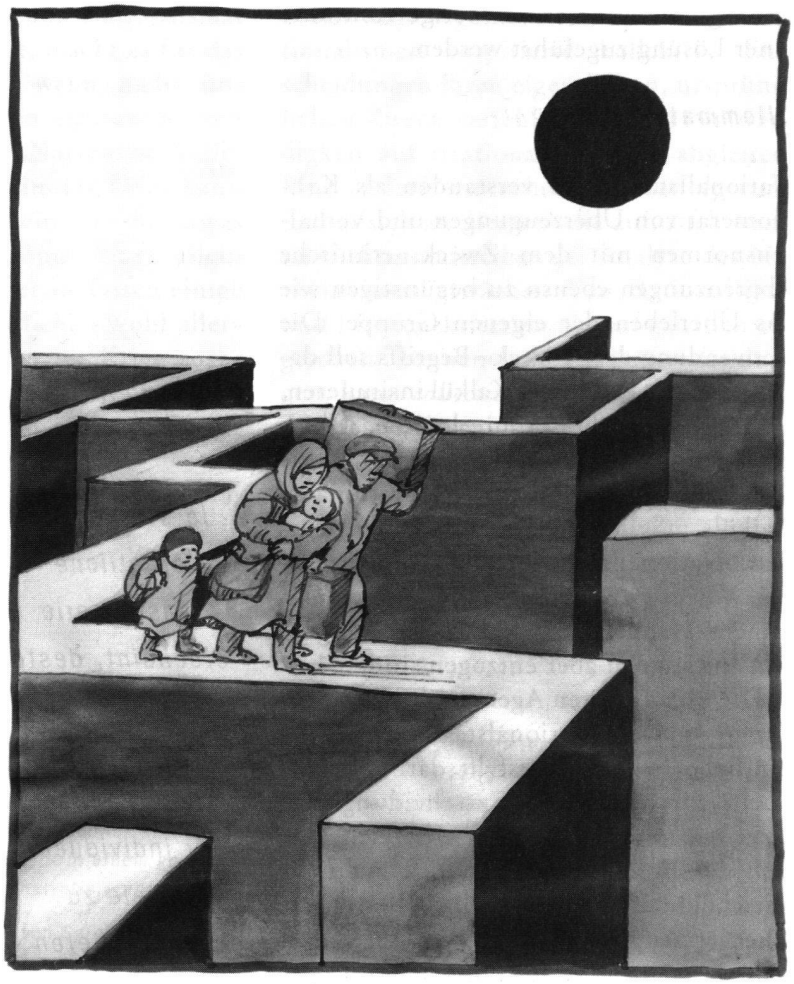
Die individuelle Logik zweckrationalen Handelns verleitet bisweilen ethnische Gruppen ohne klar erkennbare Identität und junge, kaum entwickelte Staaten dazu, eine kollektive Vergangenheit zu erfinden, den Status einer reifen Nation zu beanspruchen und sich als souveräne politische Einheiten zu etablieren. Derlei schliesst auch die Möglichkeit der *Sezession* von einem bereits existierenden National- oder Vielvölkerstaat mit ein.

Warum wollen Minderheiten zwei Regierungen einsetzen, wo vorher nur eine einzige war, wenn neutrale Beobachter versichern, diese Minoritäten seien gleichberechtigt, sie hätten gleiche Freiheiten, «gleiche Rechte» und «gleiche Chancen», was immer dies auch konkret bedeuten mag? Wie und warum schafft blosse Andersartigkeit Spannungen? Wir wollen davon ausgehen, dass ein Staat die optimale Grösse hat, dass also das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen aus kollektivem Handeln positiv, ja ebenfalls optimal ausfällt. Eine Sezession zu suchen wäre dann kollektiv irrational. Gleichzeitig aber können separatistische Bewegungen aus individueller Perspektive durchaus Sinn machen, rational erscheinen, zumindest für einige Angehörige der Minderheit. Dahinter steht eine Motivation, die an dieser Stelle als «Kulturattaché-in-Paris»-Syndrom bezeichnet sei. Jede Regierung hat bekanntlich ihren Kulturattaché in Paris, Minister für dieses und Sonderbeauftragte für jenes. Eine separatistische Bewegung wird schon deshalb eine unverhältnismässig grosse Zahl von Anhängern gewinnen: lokale Patrioten; frustrierte Lehrer; Dichter, Schriftsteller und andere Meister der Minderheitensprache; junge Leute, deren Ehrgeiz die eigenen Fähig-

keiten übersteigt. Sie alle hoffen darauf, von der neuen Regierung einen Traumjob zu bekommen.

Vor dem Hintergrund individueller Nutzenmaximierung kann Separatismus also als logisches Resultat subjektiver Rationalität betrachtet werden, dann nämlich, wenn der Betroffene entweder die tatsächlichen Wahrscheinlichkeiten falsch einschätzt oder aber einen unverhältnismässig hohen Nutzenzuwachs mit einem Haupttreffer verbindet. Ein solcher Separatist handelt durchaus rational, wenn er sich für seine Bewegung ins Zeug wirft und dabei auch hohe Kosten für die eigene ethnische Gruppe in Kauf nimmt.

Dessen ungeachtet bleibt das Ergebnis aus der Sicht aller Separatisten zusammen trotzdem sub-optimal und kollektiv irrational. Dies gilt noch mehr aus der Perspektive der ganzen ethnischen Gruppe, in deren Namen für die Unabhängigkeit gestritten wird, die dabei aber nicht nur Separatisten einschliesst, sondern auch Anhänger des Status quo. Die Schrecken, denen viele afrikanische Völker im Zuge der Entkolonialisierung unter korrupten und chronisch inkompetenten nationalen Regierungen ausgesetzt waren, belegen dies auf eindrückliche Weise. Das Dilemma zwischen individuellem Ehrgeiz und kollektivem Wohlergehen bereitet aber dann genug Ungemach, wenn Nationalismen aller Art keine schlechten Regierungen hervorbringen. Die Vermehrung souveräner Staaten ist in sich ein Phänomen, das der Verschwendung Vorschub leistet, indem es neue Räume schafft, in welchen Parasiten sich ausbreiten können – und seien es auch nur Parasiten von der gewöhnlich-gleichgültigen Sorte.



Tomi Ungerer, Hau ab! Quelle: Gewalt und Fürsorglichkeit, Stiftung Vontobel, Zürich 1996.

Krieg

Ein wichtiges Ordnungselement innerhalb der internationalen Anarchie besteht darin, dass Konflikte in der Regel nicht mit kriegerischen Mitteln, sondern am Verhandlungstisch gelöst und entschieden werden. «Kriegerisch» meint hier nicht nur den heissen Konflikt unter Gewaltanwendung, sondern auch den Handelskrieg. Wirtschaftliche oder militärische Kriege, die unter Staaten ausgetragen werden, unterscheiden sich von Kriegen unter Individuen, denn diese akzeptieren unmittelbar und direkt, jene Kosten zu tragen, welche ihnen aufgrund ihrer Entscheidung für den Krieg entstehen – oder sie lehnen diese Kosten ab und wählen den Frieden. Wenn Staaten Kriege führen, haben die Individuen diese Wahlmöglichkeit nicht, sondern müssen *nolens volens* die anfallenden Kosten tragen. Die absolute Verunmöglichung des Krieges durch militärische und wirtschaftliche Abrüstung im Weltmassstab würde Verhandlungslösungen im Rahmen der verbleibenden Konflikte logisch betrachtet nicht erleichtern, sondern im Gegenteil erschweren, wenn nicht verunmöglichen – so paradox dies zunächst tönen mag. Würde nämlich der Krieg nicht nur geächtet, sondern diese Ächtung auch in rechtliche Formen gegossen und das Recht wiederum immer und überall durchgesetzt, so hätten die betroffenen Parteien fortan keinerlei Grund mehr, im Rahmen von Verhandlungen auch nur die kleinste Konzession zu machen. In einer Welt souveräner Nationalstaaten sind gelegentliche Kriege, ist zumindest die Möglichkeit eines Krieges wahrscheinlich not-

wendig, sollen auch schwierige Konflikte einer Lösung zugeführt werden.

Dilemmata

Nationalismus wird verstanden als Konglomerat von Überzeugungen und Verhaltensnormen mit dem Zweck, ethnische Abgrenzungen ebenso zu begünstigen wie das Überleben der eigenen Gruppe. Die Verwendung des «Zweck»-Begriffs soll dabei nicht ein bewusstes Kalkül insinuieren, wohl aber eine bestimmte logische Übereinstimmung in bezug darauf, wie Individuen im Rahmen eines rationalen Kalküls möglicherweise entscheiden würden. Nationalismen helfen Gruppen dabei, Vorteile zu «ernten», die aus gemeinsamem Handeln entstehen, dem Zugriff von Individuen aber entzogen sind.

Die organisierten Agenten des Nationalismus sind die Nationalstaaten. Ihre wesentliche Funktion besteht darin, individuelle durch kollektive Entscheidungen zu ersetzen, und zwar in *jedem* Bereich, den sich das Kollektiv im Hinblick auf Erstentscheidungen vorbehält (bestimmte Theoretiker sprechen hier von Meta-Entscheidungen auf Verfassungsebene). *Prima facie* handelt es sich um eine Maschinerie, die durchaus in der Lage ist, kollektiv rationale Ergebnisse herbeizuführen, welche ausserhalb der Reichweite rational vorgehender Einzelkämpfer liegen; von daher scheint es gerechtfertigt, die Souveränität über individuelles Handeln nicht bei den Individuen selber, sondern beim organisierten Kollektiv zu belassen. Nationalismus ist unter anderem auch die Überzeugung, dass es genauso sein und bleiben soll. Nun aber bewirkt die gleiche Maschinerie, die alle mit kollektiver Rationalität von oben beglücken soll, mitunter das genaue Gegenteil. Je stärker und unwiderstehlicher die staatliche Maschinerie zum Aufdiktieren kollektiver Entscheidungen erscheint, desto grösser ist auch die Versuchung, diesen Apparat für individuelle Ziele zu manipulieren und zu missbrauchen; die relative Leichtigkeit solcher Manipulationen führt letztlich zu einem komplexen Netzwerk von Umverteilungsströmen innerhalb des Nationalstaats – zu einem Netzwerk aus fiskalischen, protektionistischen und anderen regulativen Massnahmen, die unter dem Strich nicht nur sehr viel kosten, sondern auch jeder Transparenz entbehren.

Je stärker die staatliche Maschinerie erscheint, desto grösser ist auch die Versuchung, diesen Apparat für individuelle Ziele zu manipulieren und zu missbrauchen.

Kommt hinzu, dass der anfängliche Nutzen von Nationalstaaten in der Regel schnell verloren geht: Ursprünglich werden solche Strukturen ja dahingehend begründet, dass sie es einer ethnischen Gruppe ermöglichen, sich anderen Gruppen gegenüber zu behaupten. Dieser Vorteil verschwindet, sobald Randgruppen ihrerseits die gleiche Strategie wählen und sich ebenfalls in Nationalstaaten organisieren. Hier besteht dann ein Dilemma darin, dass im Rahmen individueller Nutzenmaximierung jeder sein Heil im Kollektiv und unter militärischem Schutz hinter nationalen Grenzen sucht – und dies, obschon es aus Sicht der Gesamtheit rational und geboten wäre, Grenzen aller Art abzubauen, militärisch wie auch wirtschaftlich abzurüsten.

Ein weiteres Dilemma ensteht wiederum aus dem Verlangen jeder ethnischen Untergruppe selber eine Nation zu werden. Nationen tendieren dazu, eigene, souveräne Nationalstaaten zu bilden. Die Kontrolle über jene Maschinerie, über die man der Gesamtheit verbindliche Entscheidungen auferlegen kann, erscheint in sich als überaus erstrebenswertes Ziel. Natürlich – eine einzige Maschinerie mag die kollektiv beste Lösung für eine grosse Gruppe sein, die sich in zwei Untergruppen teilt. Aus der Perspektive des Individuums kann es trotzdem geboten sein, in diesem Fall zwei Regierungen zu installieren, wobei natürlich eine jede unabhängig, also souverän sein soll; nur so ist gewährleistet, dass zwei parasitäre Armeen von Amtsinhabern gebraucht und eingesetzt werden, wo eine im Grunde genügen würde. Dieses Dilemma allein könnte separatistische Bewegungen ebenso rational erklären wie den Widerstand, der ihnen entgegengebracht wird – unabhängig von den tatsächlichen Ursachen solcher Vorgänge.

Schliesslich scheint die blosse Existenz souveräner Einheiten den Krieg zur notwendigen Voraussetzung friedlicher Konfliktlösung zu machen.

Die beschriebenen Dilemmata und ihre mitunter paradoxen Implikationen gehen wahrscheinlich alle auf eine gemeinsame Ursache zurück. Die schiere Möglichkeit kollektiver Entscheidungen, deren unbe-

dingte Verbindlichkeit im Nationalstaat ihren Fürsprecher findet, macht es für das Individuum schwierig, wenn nicht unmöglich, die anfallenden eigenen Kosten abzuschätzen und zum Nutzen in Beziehung zu setzen. Für bestimmte Leute kann es individuell rational sein, alle für etwas bezahlen zu lassen, das nur ihnen allein Vorteile bringt; oder aber sie lassen einige wenige für das vermeintliche «Wohl aller» bezahlen, und es werden im Krieg sogar Menschen in den Tod geschickt, ohne dass dies für irgend jemanden gut wäre ausser für die Eitelkeit einiger weniger.

Ich habe argumentiert, dass durch Nationalismen inspirierte kollektive Entscheidungen ihren eigentlichen, ursprünglichen Zweck verfehlen und mit Notwendigkeit auf irrationale Bahnen abgleiten. Eine andere, einfachere Schlussfolgerung drängt sich an dieser Stelle auf, auch wenn sie nicht unmittelbar der Analyse des Nationalismus erwächst: Von Rationalitäts- und Effizienzkriterien einmal gänzlich abgesehen, können kollektive Entscheidungen, kann *collective choice* auch vor einem anderen Tribunal kaum je bestehen: vor jenem der Moral. ✦

SPLITTER

Für die europäische Union besteht die schwierige Aufgabe darin, den angestammten europäischen Völkern und ihren Lebensräumen die kulturelle Identität zu bewahren und gleichzeitig den Menschen die soziale Mobilität in der modernen Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei könnte das Schweizer Modell durchaus nachahmenswerte Elemente aufweisen. Europa steht in einem gewissen Sinne vor der Entscheidung, sich zu balkanisieren oder zu helvetisieren.

Aus: Urs Altermatt: Das Fanal von Sarajewo, NZZ-Verlag, Zürich 1996, S. 247

Mit den Schweizer Monatsheften haben Sie das Geschenk...

... das Sie schon immer suchten, z. B. zu Weihnachten, für den Freund, die Freundin, die schon alles haben... den Neffen, die Nichte oder das Patenkind, die gerade ihr Germanistik- oder Wirtschaftsstudium begonnen haben... oder einfach für jemanden, dem Sie sich auch während des Jahres immer wieder in Erinnerung rufen wollen: 10mal im Jahr mit einem Geschenkabonnement der Schweizer Monatshefte. Der Beschenkte erhält von uns einen Geschenkbon und die erste Ausgabe 1997 (erscheint Anfang Dezember). Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mitteilung per Fax. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beiliegende Geschenk-Abo-Karte zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05

Ludwig Watzal

Kein Ende des Nationalstaats

Deutschlands aussenpolitische Rolle

Die in postmodernen und supranationalen Gefilden schwelgenden deutschen Eliten können mit der Renaissance des Nationalstaates und der damit einhergehenden Renationalisierung der Politik nichts anfangen. Sie verwechseln Nationalstaatlichkeit mit Nationalismus und empfehlen als «Gegengift» die Auflösung der Nationalstaaten.

Was hatte sich 1989 eigentlich ereignet, dass sich das machtpolitische Koordinationssystem völlig verschoben hat? In Mittel- und Osteuropa war ein Imperium zusammengebrochen, das sich auf eine totalitäre Ideologie gestützt und diese mit Hilfe einer militärisch-bürokratischen Nomenklatura gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt hatte. Folgen dieser vierzig- bzw. siebzigjährigen Unterdrükkungspolitik war ein Wiederaufkeimen von nationalistischen Tendenzen und ein Wiedererstehen vieler selbständiger Nationalstaaten. Sie waren es, die die Transformations-, Integrations-, Modernisierungs- und Demokratiefunktion in den sich neu konstituierenden Staaten erfolgreich übernahmen. Die in einigen dieser Staaten ausgebrochenen Konflikte sind nicht die Folge der Nationalstaatsbildung, sondern sind auf die totalitäre Herrschaft und die damit einhergehende Nichtentwicklung und Nichtmodernisierung zurückzuführen, was zur Konservierung zahlreicher Vorurteile beigetragen hat. Fazit dieser Prozesse war die Universalität der Nationalstaatlichkeit. Das Prinzip der Vielvölkerstaatlichkeit war damit gescheitert.

Die Idee des Nationalstaates ist eine Errungenschaft der Aufklärung. Er ist der einzige Garant der Menschen- und der Minderheitenrechte. Er garantiert den innern Frieden und ist der einzig legitime Inhaber des Gewaltmonopols. Die Volksherrschaft ist an den Nationalstaat gebunden. Er ist die historische Antwort auf die Kleinstaaterei. Die Uno heisst nicht ohne Grund Vereinte Nationen. Diejenigen, die für eine unbefangene und realistische Betrachtungsweise des Nationalstaates plädieren, sind keine eifernden Nationalisten oder metaphysischen Nationsverklärer. Beides muss als politisch gefährlich zurückgewiesen werden. Im Gegenteil: Hier wird nur eine Selbstverständlichkeit zum Ausdruck gebracht, die immer öfters aus dem Ausland an die Deutschen herangetragen wird. Nicht die Fortexistenz des Nationalstaates wird zu Nationalismus führen, sondern seine Zerschlagung wird regionalistische, separatistische, nationalistische und letztendlich rassistische Vorurteile freisetzen. Der Wegfall der identitätsstiftenden Organisationseinheit könnte zu nationalistischen Konflikten führen. Dies sollte die politische Elite in Europa bedenken, bevor sie auf ihren realitätsfernen Integrationsbahnen weiter fortfährt. Niemand erwartet vom Nationalstaat, dass er quasi als Monade alle Probleme lösen kann; darum geht es auch gar nicht, sondern man will ein erfolgreiches Modell durch einen zentralistischen, antidemokratischen Superstaat à la Maastricht ablösen.

Das deutsch-französische Verhältnis

Die Veränderungen von 1989/90 haben nicht nur die Raison d'être der europäischen Integration, sondern auch die deutsch-französischen Beziehungen von Grund auf in Frage gestellt. Die politischen Eliten in Frankreich und Deutschland haben also die weltpolitische Zäsur immer noch nicht verdaut. Deutschland wurde im Zuge dieser Veränderungen von der Peripherie ins Zentrum europäischer Politik katapultiert. Das Land wurde ein souveräner Nationalstaat und europäische Grossmacht, Frankreich dagegen vom er-

Der Autor ist Redaktor und freier Journalist in Bonn.

sten auf den zweiten Platz an die Peripherie in Europa verwiesen. Diese Tatsache erfordert ein neues Denken und bedeutet ein Mehr an aussenpolitischer Verantwortung; letztere ist man in Deutschland nur widerwillig bereit, zu übernehmen. Der Schlingerkurs beim AWACS-Einsatz deutscher Soldaten oder deutscher Kampfflugzeuge bei einem eventuellen Rückzug der Uno-Blauhelmsoldaten aus Bosnien ist eine politische Peinlichkeit. Für die deutsche politische Klasse sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie im Ernstfall ihren Verbündeten und Freunden helfen muss. Dass der ehemalige französische Verteidigungsminister *François Leotard* sich in einem Interview in der «Süddeutschen Zeitung» vom 7./8. Januar 1995 wünscht, dass die deutsche Luftwaffe in Bosnien intervenieren soll, falls Bündnispartner im Falle eines Abzugs in Gefahr gerieten, stellt der politischen Elite Deutschlands ein Armutszeugnis aus. Dass die Bundesregierung endlich bereit ist, in Bosnien reguläre Kampftruppen zu stationieren, zeigt, dass realpolitisches Denken Platz greift.

Auch in Frankreich hat die neue Rolle Deutschlands für einige Aufregung unter der politischen Klasse geführt. Der alte Bilateralismus ist obsolet geworden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat solange gut funktioniert, solange Deutschland sich mit der Rolle des Juniorpartners abgefunden hatte. Die französische Deutschlandpolitik zielte seit der Gründung der Bundesrepublik auf Kontrolle Deutschlands durch Integration ab. Die erste Periode zur Aussöhnung mündete in General *de Gaulles* Bilateralismus. Dieser zielte auf eine Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und den USA ab, um Deutschland enger an Frankreich heranzuführen. Den Nachfolgern de Gaulles ging es im Zeichen der Entspannungspolitik um die Erhaltung des europäischen Status quo. Die Entspannungspolitk wurde von Frankreich immer insgeheim als verkappte Wiedervereinigungspolitik interpretiert. Als sich *Willy Brandt* dann mit *Leonid Breschnew* auf der Krim traf, stand das Rapallo-Gespenst wieder auf. Frankreich unterzeichnete die Schlussakte von Helsinki 1975 nur, weil es sie als Zementierung des Status quo verstand, der im französischen nationalen Interesse lag. *François Mitterrand* wollte mit der Wiederbelebung des Bilateralismus in Form einer verstärkten Integration seine Vorherrschaft mit allen Mitteln verteidigen. Deshalb versuchte man auch, die deutsche Wiedervereinigung zu blockieren. Der Schlüssel dazu lag jedoch nicht in Paris.

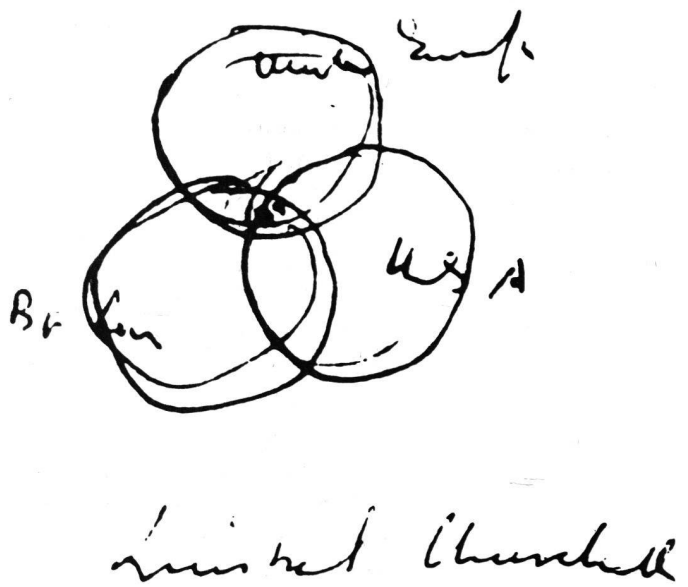
Französische Ungeduld und Drängeln sollte bei den Deutschen die Alarmglocken schrillen lassen.

Um seine alte Führungsrolle in Europa wiederzuerlangen, versucht Frankreich durch die Maastricht-Verträge von 1991 die darin konzipierte Wirtschafts- und Währungsunion dazu zu nutzen, die Dominanz der deutschen Bundesbank zu brechen und die europäische Leitwährung, die D-Mark, zu europäisieren. Dieses Ziel verfolgt Frankreich vehement. Ihr in Brüssel für Währungsfragen zuständiger Vertreter, *Yves-Thibault de Siguy,* hat dies unmissverständlich deutlich gemacht: *«Unser Ziel ist es, die Europäische Währungsunion so schnell wie möglich zu verwirklichen.»* Es gebe keinen Grund, den Termin von 1997 aufzugeben. *«Der Vertrag muss erfüllt werden»,* forderte er. Die Währungsunion liegt somit im ureigensten französischen Interesse. Sie widerspricht dagegen deutscher Interessenpolitik. Französische Ungeduld und Drängeln sollte bei den Deutschen die Alarmglocken läuten lassen. Frankreich als Sozius der Deutschen ist für die politische Elite des Landes ein Alptraum. Umgekehrt wird ein Reim daraus, wie bereits *Robert Nef* in dieser Zeitschrift[1] festgestellt hat: Das ökonomische Leistungspotential Deutschlands zusammen mit der geistigen Führung Frankreichs wird das Land wieder zur Vormacht in Europa machen, und dazu bedarf das Land der Währungsunion.

Essentielle Interessenpolitik

Auf lange Sicht kommt Deutschland aussenpolitisch nicht darum herum, sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine eigenständige Interessenpolitik zu betreiben. Beide Termini, normaler Nationalstaat und nationale Interessenpolitik, sind in Deutschland jedoch heftig umstritten. Ein zentraler Einwand lautet: Deutschland könne aufgrund seiner Geschichte niemals ein normaler Nationalstaat werden und eigene Interessen verfolgen. Dass das historische Argument ein gewichtiges ist, wurde uns anlässlich des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren wieder deutlich vor Augen geführt.

1 In: «Frankreichs Wille zu Vormacht», SHM, Jg. 75, Januar 1995, S. 9.



Churchills Idee 1953: oben Vereinigtes Europa, links Großbritannien, rechts USA

Winston S. Churchill, Handzeichnung vom 14. Mai 1953, in: Schulze/Paul: Europäische Geschichte und Materialien, München 1994, S. 401.

Das historische Erbe stellt immer noch eine schwere Last dar. Die Kräfte, die die internationale Politik bestimmen sind dadurch den Deutschen weitgehend fremd geblieben. Ihr Verhältnis zur Macht und zur Machtpolitik scheint aufgrund der Geschichte zerrüttet. Diese Skrupel sind abzulegen. Der Nationalstaat handelt weder moralisch noch amoralisch, sondern interessengeleitet. Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen, was schon *Bismarck* feststellte.

Sicherheit und Nationalstaat

Dass auch für Deutschland ein dringender aussenpolitischer Handlungsbedarf besteht, zeigen die Beben auf dem Balkan, im Kaukasus und dem Maghreb. Sie machen deutlich, dass es nicht gelungen ist, Sicherheit zu exportieren. Die Uno, die OSZE, die WEU oder die Nato waren nicht in der Lage, auch nur eines dieser drei Konfliktgebiete zu befrieden. In Bosnien gelang dies nur sehr oberflächlich. Es ist deutlich geworden, dass diese Organisationen ohne die USA zu keiner koordinierten und überzeugenden Aktion in der Lage sind. Somit steht der Balkankonflikt auch als Symbol für eine Renationalisierung der Politik. Die EU erscheint in dieser sich zusammenbrauenden konfliktreichen Welt völlig hilflos. Sie verfügt nicht über die Kraft, ihre regionalen Probleme zu lösen, geschweige denn in globale Sphären vorzustossen. Auch die Nato, die einst die Sowjetunion aufhalten sollte, hat den marodierenden Banden auf dem Balkan vier Jahre zu spät Einhalt geboten. Statt dessen betreibt man eine Ausdehnung nach Osten, die sich nur gegen Russland richten kann. Wenn man nicht Russland insgeheim als Gefahr ansehen würde, welchen Zweck hat dann noch die Nato? Um der Nato wieder Sinn einzuhauchen, ist man auf die aberwitzige Idee verfallen, den islamischen Fundamentalismus als neues Feindbild aufzubauen. Davor kann nur gewarnt werden. Dieser Konflikt ist nicht militärischer, sondern geistig-politischer Art.

Das französisch-britische Tandem

In einer «europäischen Aussenpolitik» sind von deutscher Seite keine praktikablen Entwürfe zu erwarten, solange man nicht bereit ist, sich auf globaler Ebene mit Kampftruppen zu engagieren. Sie ist Sache des französisch-britischen Tandems. Frankreich und Grossbritannien wollen den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und den Ministerrat in seiner Funktion als Exekutive stärken. Das EU-Parlament soll nicht gestärkt, sondern die nationalen Parlamente sollen stärker beteiligt werden, um das Demokratiedefizit zu beheben. «Föderalismus» gilt in beiden Ländern wenig. Beide wollen durch die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) das Profil der EU auf aussenpolitischem Gebiet stärken. Grossbritannien wäre sogar bereit, der WEU grössere verteidigungspolitische Kompetenzen zuzugestehen.

In diesem französisch-britischem Tandem könnte Deutschland ja den Sozius spielen. Zu einer aussenpolitischen Subjektfunktion scheint die politische Klasse nicht bereit zu sein, da sie auf die damalige amerikanische Offerte eines *«partners in leadership»*, die der ehemalige US-Präsident *George Bush* den Deutschen 1990 anbot, nicht reagiert hat. Diese «Partnerschaft in der Führung» hätte von Deutschland verlangt, vom Objekt zum Subjekt

der Weltpolitik zu werden und damit erheblich mehr Verantwortung zu tragen. Am 8. Dezember 1993 sagte der ehemalige amerikanische Botschafter in Deutschland, *Richard C. Holbrooke,* in Potsdam: *«Wir haben nicht nur keine Angst vor einer grösseren Rolle Deutschlands in der Welt, sondern begrüssen sie. Daher befürworten wir auch die ständige Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat.»* Deutschland darf es bei einer stärkeren aussenpolitischen Rolle Europas nicht zulassen, dass die USA aus Europa verdrängt werden; dies würde das innereuropäische Gleichgewicht verändern, und dies kann nicht im nationalen Interesse Deutschlands liegen. Deutschland braucht aber auch nicht die Rolle des Jasagers und europäischen Musterknabens zu spielen, wie im Falle des amerikanischen Angriffs auf den Irak.

Realismus und nicht Utopismus sind gefragt. Die europäische Integrationspolitik muss grundsätzlich auf den Prüfstand. Bevor weitere Massnahmen beschlossen werden, muss eine Reform an Haupt und Gliedern erfolgen, um das Erhaltenswerte zu retten. Die Frage muss beantwortet werden, welches die Probleme sind, die die souveränen Nationalstaaten in Kooperation nicht lösen und die somit nur von einer supranationalen Organisation bewältigt werden können. Bei ehrlichem Hinschauen dürften da nur wenige übrigbleiben. Die Behauptung, dass der Nationalstaat fast alle Probleme nicht mehr mit andern zusammen lösen könne, entspricht eher einem dogmatischen Glaubenssatz als der Realität. Dem Nationalstaat steht also noch eine blühende Zukunft bevor. ✦

Toaster 1925, Therma AG, CH-Schwanden, Museum für Gestaltung Zürich, Design-Sammlung, Foto: Marlen Perez.

Nachhaltigkeit vs Lifestyle

Bereits 1916 brachte die «Therma – Fabrik für elektrische Heizung A.G.» als eine der ersten Schweizer Firmen einen «Brotröster» für zwanzig Franken auf den Markt. Das heute alltägliche Küchengerät konnten sich damals nur wenige leisten. Dank intensiver Produktion wurden die elektrischen Haushaltgeräte in den dreissiger Jahren erschwinglicher und fanden starke Verbreitung. Ausserdem kam der wasserkraftreichen Schweiz bei der Elektrifizierung eine führende Rolle zu.

«Toaster» – diese Bezeichnung verwendet die Therma AG in ihren Katalogen seit den zwanziger Jahren – produzierten amerikanische Firmen bereits um die Jahrhundertwende. Während bei diesen frühen Modellen die Brotscheiben lediglich auf ein die Heizelemente umfassendes Drahtgerippe gelegt wurden, boten die ersten Therma-Modelle bereits mehr Komfort: Zwei Klappen, die das Brot gegen die Heizelemente klemmten, ermöglichten mit ihrer nach aussen geschwungen Form ein einfacheres Wenden der Brotscheiben.

Funktionalität und einen den industriell hergestellten Gütern adäquate Formgebung standen für die Therma AG im Vordergrund. Die Firma arbeitete bereits ab 1930 mit professionellen Gestaltern zusammen, u. a. mit *Wilhelm Kienzle.* Beispielhaft führte der Ingenieur und Produktgestalter *Hans Hilfiker* von 1958 bis 1968 die Elektroapparatefabrik. Er war für die Überarbeitung des Fabrikationsprogrammes und die Neuentwicklungen verantwortlich. Damit bewirkte er jenes Zusammengehen von innovativen Gestaltungsprinzipien, von technischem Knowhow und präziser Verarbeitung, das sich damals als tauglicher Schlüssel zum Erfolg erwies.

Obwohl heute noch gültig, gerieten diese Qualitäten spätestens in den achtziger Jahren in den Sog eines Wertewandels, der zu verändertem Wahrnehmungs- und Konsumverhalten der Käuferschaft führte. Heute sind jene Firmen erfolgreich, deren Produkte dem Lifestyle der Verbraucher entgegenkommen und nicht nur Gebrauch, sondern überdies Erlebnisse versprechen. Nachhaltigkeit und Ökonomie der Mittel sind zu Ansprüchen geworden, die der Markt neu zu entdecken hätte – oder die uns gegebenenfalls ökologischer Druck diktieren wird. ✦

Liana Bähler

Der Staat ist tot! Es lebe der Staat!

Globalisierungsprozesse und Grundstrukturen des internationalen Systems

Thomas Bernauer
geboren 1963, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Völkerrecht an der Universität Zürich, 1988–1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am UNO Institut für Abrüstungsforschung (UNIDIR). 1992 Promotion in Politikwissenschaft / Internationale Beziehungen an der Universität Zürich, 1992–1994 Research Fellow an der Harvard University, seit 1995 Assistenzprofessor für Internationale Beziehungen an der ETH Zürich. Bei diesem Text handelt es sich um eine revidierte Version der Einführungsvorlesung, die der Autor am 6. Juni 1996 an der ETH Zürich gehalten hat.

Heute wird oft die These vertreten, dass Globalisierungsprozesse die Handlungsfähigkeit von Staaten zunehmend einschränken. Globalisierung bewirke also eine politische Entmachtung, eine Entterritorialisierung wirtschaftlicher Produktions- und Tauschsysteme und gesellschaftlicher Aktivität ganz allgemein. Der Fortbestand des Nationalstaates, wie wir ihn spätestens seit dem westfälischen Frieden von 1648 kennen, steht zur Diskussion.

«*Der König ist tot! Es lebe der König!*» war die Devise im mittelalterlichen Europa, der Wiege des modernen Nationalstaates. Der König war nicht nur eine Person, er war eine gesellschaftliche Institution, welche an der Spitze der Regierung stand. Die Monarchie, in ihrer absolutistischen Form, war schlechthin der Staat selbst. Im 17. Jahrhundert verkündete der französische Sonnenkönig: «*l'Etat c'est moi*». Gesellschaftliche Institutionen verändern sich normalerweise als Folge von Veränderungen ihres Umfelds. Dies gilt auch für die absolutistische Monarchie. Doch selbst nachdem der Kopf des französischen Königs gerollt war, blieb zeitweilig die Monarchie, und nachdem diese abgeschafft war, der Staat als Institution bestehen. Heute wird diese scheinbare Konstante menschlichen Zusammenlebens öfter denn je in Frage gestellt. Ist eine *Entmachtung* der Staaten im Gange? Wenn ja, welche Konsequenzen könnte sie haben?

In den siebziger und achtziger Jahren sprach man in der Politikwissenschaft noch vorwiegend von zunehmender *Interdependenz* der Staaten. Zum Standard-Vokabular dieser Zunft hat sich nun die *Globalisierung* gesellt – der Versuch, mittels eines neuen Begriffs zum Ausdruck zu bringen, dass sich in den internationalen Beziehungen etwas verändert hat. Nur was? Eine eng gefasste, von den meisten Politikwissenschaftlern und Ökonomen verwendete Definition bezieht sich auf die fast explosionsartige Zunahme der grenzüberschreitenden Ströme von Gütern, Kapital, Informationen und, in weniger ausgeprägtem Masse, Menschen. Eine weiter gefasste Definition, oft von Soziologen benutzt, betrachtet Globalisierung als einen im wesentlichen von technologischen Schüben verursachten sozialen Prozess, bei dem geographische Eingrenzungen durch soziale und kulturelle Bezugsrahmen schwinden und bei dem Menschen sich zunehmend bewusst werden, dass diese Eingrenzungen schwinden.

Sonnenkönig Ludwig XIV. von Frankreich.

Strukturveränderungen im internationalen System

Gegenwärtig lassen sich mindestens sechs Strukturveränderungen im internationalen System beobachten, die in der Gesamtschau der Hypothese einer einfachen linearen Beziehung zwischen zunehmender Globalisierung – im Sinne von wachsenden Güter-, Kapital-, Informations- oder Menschenströmen – und einer Zurückdrängung des Nationalstaates zu widersprechen scheinen.

Erstens sind in vielen Bereichen Globalisierungsprozesse rein quantitativ feststellbar, z. B. im internationalen Handel und der Finanzwelt. Allerdings wird dabei auch schnell ersichtlich, dass diese Prozesse geographisch sehr ungleichmässig verteilt sind: Globalisierung ist eine weltumspannende, aber keine flächendeckende Erscheinung. Gemessen etwa am internationalen Handelsvolumen, dem Devisenhandel oder den Internet-Anschlüssen beschränkt sich die Globalisierungsdynamik weitgehend auf die westlichen Industriestaaten. Der Rest der Welt, der den grössten Anteil an der Weltbevölkerung und der Landfläche besitzt, bleibt wenigstens vorläufig von diesem Prozess abgekoppelt.

Zweitens hat die Zahl der Internationalen Organisationen seit dem Zweiten Weltkrieg enorm zugenommen. Anfänglich befassten sich diese Organisationen mit sehr beschränkten technischen Fragen, beispielsweise mit der Abwicklung der grenzüberschreitenden Post oder der Schiffahrt auf internationalen Flüssen. Heute kümmern sich die mittlerweile auf Tausende zu beziffernden Institutionen mit zentralen Fragen, wie dem Weltfrieden, der Bewältigung der internationalen Verschuldung oder der Liberalisierung des Welthandels.

Drittens hat sich besonders im Rahmen der Europäischen Union die internationale Zusammenarbeit in manchen Politikbereichen in Richtung supranationaler, d.h. dem Staat übergeordneter, Steuerungsmechanismen entwickelt. Dies betrifft vor allem die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, weit weniger jedoch die Aussen- und Sicherheitspolitik, die nach wie vor weitgehend in den Händen der Einzelstaaten bleibt.

Viertens haben sich die grenzüberschreitend tätigen nicht-staatlichen Akteure fast explosionsartig vermehrt. Mittlerweile existieren mehrere zehntausend international operierende «non-governmental organizations» (NGOs) und multinationale Unternehmen. Diesen Akteuren wird von vielen Beobachtern ein wachsender Einfluss zugeschrieben. In der Tat ist z.B. der Umsatz einiger multinationaler Unternehmen grösser als das Bruttosozialprodukt vieler Entwicklungsländer.

Fünftens stecken viele Staaten gegenwärtig in Krisen unterschiedlichen Ausmasses. In einer mittlerweile besorgniserregenden Zahl von Fällen spricht man bereits von «gescheiterten Staaten». Beispiele dafür sind Afghanistan, Liberia und Somalia. Auch in Industrieländern wie der Schweiz wird sehr oft von der Krise des Staates gesprochen.

Sechstens herrscht im internationalen System eine regelrechte Staaten-Inflation. Seit Anfang dieses Jahrhunderts hat die Zahl der Staaten stetig zugenommen. Heute sind wir bei über 200 angelangt und ein Ende ist nicht abzusehen. Nur in Europa gibt es einen möglichen Trend Richtung eines grösseren politischen Gebildes. Überall sonst sind, mit zeitweiliger Ausnahme der Sowjetunion, in den letzten hundert Jahren keine grösseren Staaten mehr entstanden. Im Gegenteil, Grossreiche sind nur noch zerfallen, einschliesslich des Osmanischen Reiches, Österreich-Ungarns, der Kolonialreiche und der Sowjetunion.

Die zunehmende Zahl der internationalen, supranationalen und nicht-staatlichen Organisationen und Akteure sowie die Diskussion um die Krise des Staates deuten auf eine Verlagerung von Entscheidungs- und Handlungszentren weg vom Staat hin.

Die zunehmende Zahl der internationalen, supranationalen und nicht-staatlichen Organisationen und Akteure sowie die Diskussion um die Krise des Staates deuten auf eine Verlagerung von Entscheidungs- und Handlungszentren weg vom Staat hin. Diese Verlagerung scheint nach allen Seiten stattzufinden. Nach oben, Richtung supranationaler Institutionen; horizontal, indem Staaten im Rahmen internationaler Zusammenarbeit einen Teil ihrer souveränen Kontrolle gegen die Möglichkeit der Kontrolle des Verhaltens von anderen Staaten eintauschen; und schliesslich nach unten, an nicht-staatliche Organisationen oder an den Markt, die dezentralisierteste Form der Entscheidungsfindung.

Die Staaten-Inflation andererseits steht im Gegensatz zu den vorher genannten Trends: wenn doch der Staat scheinbar zunehmend an Bedeutung verliert, wieso wollen dann offenbar immer mehr Menschen einen eigenen und implizit auch kleineren Staat? Wie lassen sich die Staaten-Inflation und der damit verbundene Widerspruch deuten?

Diese Fragen wurden bislang nur in Bruchstücken beantwortet. Eine beliebte Erklärung für die Staaten-Inflation, vor allem unter Historikern und Soziologen, ist psychologischer Natur. Nationalismus und die Bildung neuer Nationalstaaten seien teilweise eine Reaktion auf die Globalisierung, gewissermassen eine verzweifelte und in ihrer Wirkung oft die Situation verschlimmernde Antwort auf Identitätsprobleme, die durch die Globalisierung entstehen können. Neben dieser generalisierenden These existieren auch viele idiosynkratische Erklärungen, die die Staaten-Inflation auf die Auflösung der Kolonialreiche oder das Ende des bipolaren Ost-West-Systems zurückführen. Ich möchte hier in Form von vier Thesen eine meiner Ansicht nach griffigere und empirisch besser prüfbare Theorie zur Diskussion stellen, welche die Staaten-Inflation erklären könnte.

These 1: Je heterogener die Interessen der Bevölkerung eines Staates sind, desto

notwendiger wird die Umverteilung von Ressourcen. Diese Umverteilung, die durch das politische System eines Staates gesteuert wird, dient vor allem dazu, ansonsten mit dem Staat unzufriedene Akteure (zum Beispiel Minoritäten), bei der Stange zu halten und damit den Zusammenhalt des Staates zu gewährleisten. Die Heterogenität der Interessen kann eine Funktion der Grösse eines Staates, aber auch anderer Faktoren, wie z. B. ethnischer oder kultureller Diversität, sein.

These 2: Die Umverteilung von Ressourcen ist in reicheren Staaten und bei günstiger Wirtschaftkonjunktur einfacher, da der Umfang der verteilbaren Ressourcen, z. B. Subventionen, schlicht grösser ist.

These 3: Je umfassender der Zugang von Interessengruppen zum politischen Prozess ist, d.h. je demokratischer ein Staat ist, desto komplizierter und härter fallen Verteilungskämpfe um Ressourcen aus. Das heisst, es wird schwieriger, unzufriedene Akteure durch die Umverteilung von Ressourcen zu kompensieren. Zugleich fällt es demokratischen Staaten schwerer, Gewalt statt positiver Anreize im Sinn von Ressourcentransfers anzuwenden, um zum Beispiel Unabhängigkeitsbewegungen zu unterdrücken.

These 4: Globalisierungsprozesse im Sinne steigender Verflechtung mit dem Ausland können drei Wirkungen zeitigen: Sie tragen *erstens* zur Demokratisierung politischer Systeme bei. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Globalisierung die Entwicklung offener, marktwirtschaftlicher Produktionssysteme fördert, welche wiederum mindestens mittel- bis langfristig zu demokratischen politischen Strukturen führen. Die Forschung hat diese These weitgehend belegt. *Zweitens:* Bei zunehmender Einbindung eines Landes in die Weltwirtschaft nimmt der Effizienz- und Strukturanpassungsdruck in vielen Bereichen der Gesellschaft zu. Die zu verteilenden staatlichen Ressourcen werden dabei knapper. Bei steigender Demokratisierung und Verknappung der Subventionen wird es zunehmend problematischer, mit dem Staat unzufriedene Akteure hinreichend zu kompensieren. Möglichkeiten zur Föderalisierung eines politischen Systems und eine gute Wirtschaftslage können diesen Trend allerdings dämpfen. *Drittens:* Je stärker ein Staat in die Weltwirtschaft eingebunden ist, desto geringer sind die Kosten, die einer unzufriedenen Gruppe oder einem Teilgebiet entstehen, die sich vom ursprünglichen Staat lossagen und einen eigenen Staat gründen wollen. Mit steigendem Verflechtungsgrad mit dem Ausland erhöht sich somit der Anreiz zur Sezession, weil zum Beispiel der sich abspaltende Teil des Staates weniger starke wirtschaftliche Einbrüche zu befürchten hat. Bezeichnenderweise ist in der Diskussion um die Unabhängigkeit Quebecs die Frage zentral, ob Quebec nach der Sezession automatisch Mitglied der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) würde.

Bei steigender Demokratisierung und Verknappung der Subventionen wird es zunehmend problematischer, mit dem Staat unzufriedene Akteure hinreichend zu kompensieren.

Wertverlust trotz Nachfrage

Zusammengefasst behaupten die vier Thesen, dass die beobachtbare Korrelation zwischen Globalisierung und steigender Zahl der Staaten im internationalen System nicht zufällig ist. Im Gegenteil, Globalisierungsprozesse können zur Destabilisierung von bestehenden Staaten und zur Entstehung von neuen Staaten beitragen. Die Staaten-Inflation zeigt, dass eine beträchtliche *Nachfrage* nach dem Staat besteht. Ob die Staaten-Inflation allerdings ein guter Indikator für die *Bedeutung* des Staates im Sinn von Macht und Einfluss ist, muss vorläufig umstritten bleiben. Die obigen Thesen liefern implizit eine theoretische Begründung für diese Behauptung. Sie verstehen die Neubildung von Staaten als eine rationale und aus der Sicht der Staatengründer effiziente Antwort auf Globalisierungsprozesse. Im Idealfall trägt die Fragmentierung der Staatenwelt dazu bei, dass Staaten unter Bedingungen zunehmender Globalisierung handlungsfähig und einflussreich bleiben. Dies führt zur These, dass bei zunehmender Globalisierung der Staat vermutlich kaum an Bedeutung verlieren wird.

Die Gegenthese lautet, dass die Staaten-Inflation eben das reflektiert, was eine Inflation ausmacht: Wertverlust – also eine abnehmende Bedeutung des einzelnen Staates. Im Extremfall liesse sich postulieren, dass sich neue Staaten deshalb so leicht gründen lassen, weil sie nur noch eine folkloristische Funktion haben und die wichtigen Entscheidungen anderswo fallen – in multinationalen Firmen, Fi-

nanzmärkten oder internationalen Organisationen.

Globalisierung und staatliche Handlungsspielräume

Die genannte Gegenthese wurde bisher nur sehr beschränkt untersucht, zum Beispiel unter der folgenden Annahme: Der durch die Globalisierung ausgelöste Standortwettbewerb lässt dem Staat kaum noch eine Wahl bezüglich der Rahmenbedingungen, die in diesem Wettbewerb wichtig sind. Wer sich nicht dem Diktat der globalen Märkte unterwirft, wird mit niedrigerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit, Inflation, usw. bestraft. Besonders in denjenigen Bereichen staatlicher Politik, die im Standortwettbewerb wichtig sind, sollten wir deshalb eine *Konvergenz* erwarten. Dies betrifft vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Umweltpolitik, zum Beispiel in Form einer Angleichung von Umweltschutzstandards, Lohnnebenkosten, der Zinspolitik oder der Staatsquote. Konvergenz wird somit zum Indikator für den Verlust staatlicher Handlungsspielräume.

Konvergenz wird zum Indikator für den Verlust staatlicher Handlungsspielräume.

Wenn diese Hypothese zutrifft, müsste man bei steigender Integration von Wirtschaftsräumen eine grössere Konvergenz standortrelevanter staatlicher Politiken antreffen. Verschiedene Untersuchungen für den OECD-Raum aber haben beispielsweise nachgewiesen, dass bei steigender Wirtschaftsverflechtung über die Zeit hinweg Unterschiede zwischen den Wirtschafts- und Sozialpolitiken der einzelnen Staaten kaum abgenommen haben. Zudem wurde gezeigt, dass diese Politikbereiche sehr stark von innerstaatlichen Faktoren beeinflusst werden. Diese scheinbare relative Autonomie von Kernbereichen staatlicher Politik gegenüber Einflüssen aus dem Ausland steht im Gegensatz zur klar beobachtbaren Konvergenz in einigen Bereichen der Konsumkultur, die sich zum Beispiel im Produktedesign, der Managersprache, der MacDonaldisierung, der Coca-Kolonialisierung oder der Allgegenwärtigkeit von MTV äussert. Die Frage, wieso Globalisierungsprozesse offensichtlich auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche mit unterschiedlicher Tragweite und Geschwindigkeit einwirken, kann hier nur gestellt, aber nicht beantwortet werden.

Diese Resultate sind allerdings mit Vorsicht zu geniessen. Erstens wurde bisher nur eine sehr beschränkte Auswahl an Indikatoren auf ihre Konvergenz hin untersucht. Zum Beispiel könnte man vermuten, dass die Konvergenz im noch wenig untersuchten Bereich der Aussenhandelspolitik grösser ist als bei der Sozialpolitik. Zweitens sollte man berücksichtigen, dass gesellschaftliche Strukturen meist träge sind. Deshalb führen Globalisierungsprozesse möglicherweise erst mit grossen Verzögerungen zu Konvergenz.

Es gibt allerdings auch theoretische Gründe, die vermuten lassen, dass Globalisierungsprozesse in vielen Bereichen staatlicher Politik nur wenig Konvergenz bewirken werden. Einer dieser Gründe ist, dass globale Märkte nur sehr unvollkommen funktionieren, zum Beispiel aufgrund begrenzter Rationalität von Individuen und Organisationen, unvollständiger Information, Monopolen oder Oligopolen sowie der begrenzten Mobilität von Produktionsfaktoren wie z. B. Arbeitskräften.

Fazit: Die bisherige Forschung hat noch keine überzeugenden Belege dafür geliefert, dass dem Staat durch Globalisierungsprozesse bedeutende Handlungsspielräume verloren gegangen sind. Im besten Fall lässt sich durch die Redimensionierung in der Staatenwelt der Handlungsspielraum vieler Staaten sogar insofern stärken bzw. erweitern, als die Interessen der Bevölkerung homogener werden und Regierungen dadurch an Legitimität gewinnen. Damit stiege auch die Kapazität und der Handlungsspielraum der Staatenwelt zur Lösung grenzüberschreitender Probleme. ✦

Konrad Hummler

Marginalisierung des Staates?

Zwischen Crash und Strukturwandel

Dass mit dem Niedergang des Kommunismus das Ende der Geschichte erreicht sei, war die provokative These zu Beginn der neunziger Jahre. Es gäbe nichts Grundsätzliches mehr zu erproben; mit Demokratie und Marktwirtschaft sei man beim Optimum angelangt. Nun aber beobachten wir, dass doch ein höheres Ausmass an Bewegung den vermeintlichen Endzustand kennzeichnet.

Die Demokratie und Rechtsordnung tragenden Systeme, die Nationen, sind unter Druck geraten. Zunächst sind es in erster Linie Budgetrestriktionen, welche die sozialpolitischen Einrichtungen in Frage stellen und Subventionstöpfe austrocknen. Damit einher geht aber auch eine Bedeutungsminderung des Politischen in der öffentlichen Meinung. Geht nach dem «Ende der Geschichte» die Geschichte in der Richtung weiter, dass sich die über lange Zeit massgebenden Strukturen auflösen?

Oberflächlich gesehen ist die Situation an sich denkbar widersprüchlich. Mit Konsternation beobachten wir das Entstehen neuer Nationalstaaten, namentlich im Osten, und mit grossem Unbehagen ihren unersättlichen Expansionsdrang. Diesem wiedererstandenen (oder nachzuholenden?) Nationalismus steht eine Bedeutungsminderung der staatlichen Instanz im industrialisierten Teil der Welt gegenüber, wie sie markanter nicht sein könnte:

a) Kaum eine Industrienation kann sich heute noch als Verteidigungsgemeinschaft – eine der ursprünglichsten und wichtigsten Motivationen für einen staatlichen Zusammenschluss – sehen. Moderne Sicherheitsprobleme sind komplex, überregional, ja oft nicht einmal eindeutig lokalisierbar (Terrorismus!). Entsprechend vernetzt überstaatlich müssen die sicherheitspolitischen Antworten sein.

b) Interessanterweise zieht sich der Staat aus der Verantwortung für die innere Sicherheit zusehends zurück. Wenn nicht gerade Leib und Leben medienwirksam gefährdet oder verletzt werden, muss der Bürger heute auf den Schutz durch den Staat weitgehend verzichten. Eigentumsdelikte bleiben ungeahndet. Nicht umsonst schiessen private Wach- und Schutz-Organisationen wie Pilze aus dem Boden. In den USA gibt es bereits Siedlungen, die durch Schutzzäune im Sinne mittelalterlicher Stadtmauern abgeschirmt sind.

c) Die Staaten haben auch ihre Stellung als Brennpunkt der Kommunikation verloren. Die modernen Technologien vom Fax über den Computerlink bis zum Satellitenfernsehen haben die territorialen Grenzen obsolet gemacht. Zwischen Zürich und New York läuft mehr kommunikativer Austausch als zwischen Appenzell und dem Oberwallis. Die nationalen Medienanstalten (und -monopole) sind Relikte der Vergangenheit; es ist lediglich eine Frage der Zeit und des politischen Beharrens in alten Schemen, wann sie von der Bildfläche verschwinden.

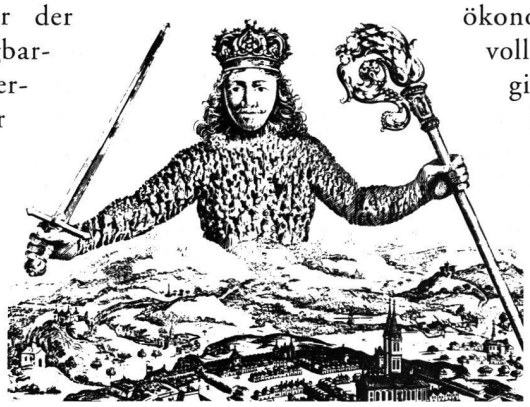
d) Die Staaten haben ihre Bedeutung als Wirtschaftsräume verloren. Kaum ein Schweizer Unternehmen bereits ab mittlerer Grösse, das nicht irgendwo im Ausland zusätzlich verankert wäre – zur Produktion, für die Vermarktung, zur Bewältigung spezieller Aufgaben. Auch in grösseren Ländern wie Deutschland, Frankreich, ja selbst den USA ist diese Globalisierung der Wirtschaft augenfällig.

e) Der Staat verliert auch als Rechtsraum an Bedeutung. Dies einerseits durch die unbestreitbare Bedeutungssteigerung supranationaler Normen, viel mehr vermutlich aber durch faktische Rechtssetzung (Usanzen, «Spielregeln», Gentlemen's Agreements usw.) nichtstaatlicher, überna-

tional tätiger Organisationen. Der Niedergang des Rechts anderseits, d. h. die Regulierung jeglicher Lebensvorgänge und die Degradierung von Recht zu Kochbuchanweisungen für das gesellschaftliche Zusammenleben, trägt aber letztlich wohl am meisten zur Bedeutungsminderung der Nationen als Rechtsräume bei.

f) Aber auch als psychosoziales Subjekt hat der Staat seine Würde und Letztinstanzlichkeit verloren. Nichts, was nicht in Frage gestellt oder eher noch in den Dreck gezogen würde. Die Schwierigkeit, für öffentliche Ämter einigermassen taugliche Mitbürgerinnen und -bürger zu finden, hat ihre Ursache keineswegs in der Bemessung der Entlöhnung oder der mangelnden zeitlichen Verfügbarkeit, sondern vielmehr im Niedergang des Sozialprestiges einer solchen Aufgabe. Wer wagt es denn heute noch, auf sein Amt als Parlamentsmitglied, als Richter, als Offizier, als Polizist stolz zu sein?

g) Was übrigbleibt, sind die Nationen als Adressaten aller möglichen Ansprüche. Bezüglich Subventionsbegehren, Forderungen nach sozialen Leistungen und nach Existenzsicherung – da besteht noch ein nationales Selbstverständnis. Wir haben kürzlich die hängigen Begehren schweizerischer Parlamentarier einer Auswertung unterzogen. Wenig überraschend, aber nicht minder bedrohlich erscheint das Resultat: Vorsichtig gerechnet müssen mindestens 80 Prozent aller Vorstösse der Kategorie «Begehrlichkeiten» zugeordnet werden. Interessant ist auch, wie sich in bezug auf die Anspruchsmentalität die Gräben zwischen den Sprachregionen unseres Landes schliessen. Wenn es etwas in Bern zu holen gibt, ist der «Röstigraben» schnell übersprungen!



Thomas Hobbes: Leviathan.

Der kalte Krieg und die Käseunion

Die Reduktion des Staates auf die Funktion als Anspruchsadressat ist allerdings zu wenig, um auf die Länge gerechtfertigt zu bleiben! Wenn man nach den Gründen für diese offenkundig fundamentalen Veränderungen sucht, dann stösst man in politischer Hinsicht bald einmal auf den Wegfall der bipolaren Machtsituation nach dem Ende des Sowjetimperiums am Ende der achtziger Jahre. Wieviele institutionelle Anordnungen hatten sich doch über Jahrzehnte lediglich noch durch die reale Bedrohung aus dem Osten gerechtfertigt! In der Schweiz beispielsweise entstanden im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs zahlreiche gemischtwirtschaftliche, d. h. halbstaatliche, genossenschaftlich organisierte oder auch ganz dem Staat zugeordnete Institutionen. Sie machten unter dem Titel der wirtschaftlichen Landesverteidigung als Problemlösung für ein eingekesseltes Land sehr viel Sinn. Unter dem Eindruck des kalten Krieges hielten sie sich aber viel länger, als dies unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll gewesen wäre. Kaum ein «strategisches» Import- oder Exportgut, bei dem nicht in irgendeiner Weise staatliche oder halbstaatliche Hände mit im Spiel sind. Die Geschichte der Schweizerischen Käseunion, des Weissweinimports oder des Uhrenkartells spricht Bände. Wir stehen heute mitten im Auflösungsprozess dieser alten Strukturen, weil ihre äussere Rechtfertigung definitiv weggefallen ist. Dass der Auflösungsprozess einiges an Ungereimtheiten bananenrepublikanischer Art zutage fördert, überrascht wenig, und noch weniger, dass es manchenorts schmerzt, von den über 50 Jahre alten Pfründen Abschied zu nehmen.

Das Ende der bipolaren Machtsituation hat zu einer politischen Funktionsveränderung und Bedeutungsverminderung geführt, die noch eine Weile anhalten wird. Was im Kleinen für die Käseunion zutrifft, findet analog auch im Grossen statt. Ein Teil der immensen Ausweitung der staatlichen und halbstaatlichen Tätigkeiten seit dem Zweiten Weltkrieg lässt sich damit erklären, dass die äussere Bedrohung jegliche Bestrebungen begünstigte, die auf höhere soziale und politische Kohärenz hinwirkten. So würde man heute vermutlich eine Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung (AHV), wie es sie in der Schweiz und in ähnlicher Form in anderen westlichen Ländern gibt, nicht mehr so leicht zustande bringen. Der Zwang zum Konsens ist nicht mehr in dem Masse vorhanden. Bezeichnend ist, dass nun genau diese

sozialstaatlichen Institutionen unter gewaltigen Rechtfertigungsdruck geraten.

Rahmenbedingungen im Wettbewerb

Der politische Strukturwandel geht einher mit markanten Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich. Gefördert durch die modernen technischen Möglichkeiten auf dem Gebiete der Computertechnik und der Kommunikation, hat sich eine Internationalisierung der Weltwirtschaft ergeben, die alle herkömmlichen Vorstellungen übertrifft. Die Verschiebung von Entwicklungs-, Produktions- und Vermarktungskapazitäten rund um den Globus bedeutet heute nicht mehr eine krisenhafte unternehmerische Ausnahmesituation, sondern gehört zum selbstverständlichen Instrumentarium des Unternehmenserfolgs.

Die Ablösung von der territorialen Gebundenheit hat Folgen. Im wesentlichen ist man ganz einfach bedeutend weniger auf staatliche Instanzen angewiesen. Es gibt neuerdings einen Trade-Off zwischen Lobbyieren und Auswandern: Wenn die Rahmenbedingungen am einen Ort nicht mehr stimmen, dann verlagert man sich halt an einen andern Ort. Daraus resultiert, ob man das will oder nicht, ein Wettbewerb um Rahmenbedingungen, und dieser wiederum schränkt den freien Spielraum politischer Instanzen ein.

Kollektivismus und fiskalische Kontraktion

Deshalb ist es an der Zeit, dass man sich ernsthafte Gedanken darüber macht, welche Auswirkungen die Bedeutungsminderung staatlicher Institutionen in wirtschaftlicher Hinsicht haben könnten. Eines scheint zum vorneherein gewiss zu sein: Die Bedeutungsminderung staatlicher Institutionen wird vor der Bonitätsfrage staatlicher Schulden nicht Halt machen. Je weniger sich der Staat durch objektive Leistungen rechtfertigen kann, um so schwieriger wird es für ihn auch sein, dem Bürger Steuern zu entringen. Es ist kaum damit zu rechnen, dass sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte so rasch verbessern wird, selbst wenn von heute an rigoros gespart würde. Da unter dem Druck der Strukturveränderungen das Wirtschaftswachstum für geraume Zeit zu wünschen übriglassen wird, kann nicht mit einer Sanierung der staatlichen Haushalte gerechnet werden: Fiskalische Kontraktion ist angesagt, und keine Regierung wird sich diesem Prozess entziehen können.

Kampflos gibt die kollektivistische Nomenklatura mit ihren vielen Denkverboten kaum Terrain preis.

Eine ganze Epoche der stetig steigenden Staatsquoten scheint also zu Ende zu gehen. Das sind grundsätzlich gute Nachrichten für diejenigen, die seit je dem unbändigen fiskalischen Hunger skeptisch gegenüberstanden. Allerdings stellt sich natürlich die Frage, wie stabil ein System sein wird, bei dem die Staaten eine bedeutend geringere Rolle spielen werden. Wie wird sich ein neues Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und staatlicher Institution gestalten? Schwerwiegende Fragen, wenig Antworten.

So kampflos gibt die bürokratische Maschinerie kaum Terrain preis. Sehr bezeichnend ist, wie nach der Publikation des Weissbuches über Deregulierungs- und Privatisierungsmassnahmen durch eine Anzahl schweizerische Unternehmer ein mediales Trommelfeuer gegen die bösen «Sozialdemonteure» eröffnet wurde. Es ist völlig offen, ob man im dem kollektivistisch-wohlfahrtsstaatlichen Denken verhafteten Europa in der Lage sein wird, sich der neuen Situation anzupassen.

Dazu kommt, dass durchaus auch politisch-soziale Crash-Szenarien denkbar sind. Ein paar Jahre Nullwachstum, Infragestellung der sozialen Werke, Lohnkürzungen – eine solche (wahrscheinliche!) Entwicklung könnte auch bei uns neue, unangenehme Perspektiven eröffnen. Wenn es nicht gelingt, sämtliche Schichten frühzeitig an den Früchten dieses Strukturwandels teilnehmen zu lassen, dann sind soziale Spannungen vorprogrammiert.

Schliesslich kann auch nicht verhehlt werden, dass der Niedergang staatlicher Bedeutung praktisch rund um den Globus ein Vakuum schafft, bei dem fraglich ist, ob es Bestand haben könne im Machtbereich. Vorderhand sind es noch die USA, die schlecht und recht und immer weniger bereitwillig die militärische Initiative in ihrer Hand halten. Auch über die globale wie regionale Machtfrage wird noch viel Denkarbeit zu leisten sein. ✦

Horst Müller,
geboren 1924, Dr.-Ing., studierte an den Technischen Universitäten Stuttgart und Hannover, lebte 16 Jahre in Afrika (eigene Ingenieurbüros in drei Ländern) und 29 Jahre in der Schweiz, zuletzt elf Jahre als Berater. Dazwischen Regionalleiter eines führenden Ingenieurunternehmens. Weit gereist in über einhundert Ländern. Mitglied der Allgemeinen Morphologischen Gesellschaft.

Vom Monopolstaat zur mehrgliedrigen Gesellschaft

Gedanken zu einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

Den Gesetzesstaat, den wir beklagen, nennt Newt Gingrich, Oppositionsführer im amerikanischen Repräsentantenhaus, einen Monopolstaat; andere Autoren sagen Kommandostaat und weisen nach, dass die derzeitige Entwicklung des politischen Systems des Westens in eine Sackgasse mündet.

Das Göttliche Recht der Monarchen ging, in vielen Staaten fliessend, auf sogenannte demokratische Einrichtungen über, genauer: auf die eine Stelle «ganz oben» im heutigen westlichen System. Diese Stelle ist das Tandem Regierung / Parlament. Man kann darüber streiten, ob das Parlament die Regierung überwachen soll (ursprüngliche Version?) oder die Regierung das Parlament (heutige Version?). Die Frage nach zentraler oder dezentraler Regierung ist in diesem Zusammenhang unwichtig. Entscheidend bleibt das Prinzip in unserem gegenwärtigen System: Von «ganz oben» bis «ganz unten» besteht eine straffe Linie, das monarchistische Dekret in neuer Form. Auch bei Licht besehen trägt niemand in dieser Linie echte Verantwortung. Die Spitze bleibt anonym – die Basis auch. Das haben Leute wie *de Gaulle* oder *Perot* und viele andere in Portugal, Österreich usw. vor Jahren schon klar erkannt. Ihnen schwebte so etwas wie eine «autoritäre» Demokratie vor.

Die meisten Menschen – die da oben und die da unten – hat ein allgemeines Unbehagen erfasst. Noch mehr Arbeitslose? Noch mehr Frührentner? Von welchem Geld? Noch mehr Schulden? Wie kann ein heute geborener Mensch jemals seinen mit der Geburt erworbenen Staatsschulden-Anteil von etwa 40 000 Schweizer Franken abtragen? Wenn er im Alter von 25 Jahren beginnt, Steuern zu zahlen, beträgt seine «Verschuldung» infolge Verzinsung etwa das Vierfache, infolge Verzinsung plus Inflation vielleicht das Zehnfache.

Verantwortung ist, wie Bundesrat *Villiger* kürzlich in Erinnerung gerufen hat, der Preis für unsere Freiheit. Wir stehen daher vor der Aufgabe, eine Verantwortungsgesellschaft aufzubauen. Das Informationszeitalter konfrontiert uns mit zunehmender Komplexität und Unübersichtlichkeit, und der Ruf nach Entflechtung und nach mehr Transparenz ist berechtigt.

Ein neues Gesellschaftsmodell

Wir sollten uns kritisch mit den Grundlagen unseres gesellschaftlichen Organismus beschäftigen, mit der Geschichte der verschiedenen Kulturkreise und deren Mängeln. Auch *Aristoteles'* Definition wonach Geld drei Funktionen habe, nämlich Tauschmittel, Wertmassstab und Wertaufbewahrungsmittel, ist in dieser Form nicht mehr aufrechtzuerhalten. *Marx* hat uns den Klassenkampf beschert, aber die damals schon vorhandenen Irrtümer getreulich übernommen.

Vor allem aber gilt es, die Maschinerie des Einheitsstaates zu überwinden, der in seinem Machbarkeitswahn alles regulieren will und die Illusion nährt, dies sei durch Umverteilung zu finanzieren. Wenn allein eine Bundesregierung jährlich 6000 Gesetzblätter durch die Druckerei fliessen lässt (Tendenz steigend), so gerät das System von selbst ad absurdum. Das Tempo dahin eskaliert bedenklich.

Als Alternative bietet sich eine mehrgliedrige Gesellschaft an, in der vor allem drei Lebensbereiche unterschieden würden:

Kultur / Erziehung («Geistesleben»), Politik / Recht («Rechtsleben»), Wirtschaft / Soziales («Wirtschaftsleben»). Der Bereich Politik führt das Hoheitliche aus – und nur das. Kultur und Wirtschaft entfalten eine Eigendynamik und geniessen autonome Verwaltung in einem übersichtlicher gewordenen Gemeinwesen. Jeder Mensch muss in allen drei Lebensbereichen wirken können. Allein der Freiraum des geistigen

Lebens, aus politischer Bevormundung herausgelöst, dürfte zu neuen, praktikablen Einsichten führen. Die neue Gesellschaftsordnung wird demokratisch sein und das Verantwortungsbewusstsein fördern. Sie soll berücksichtigen, dass demokratische Beschlüsse im herkömmlichen Sinn a priori keineswegs gerecht, wirtschaftlich tragbar oder sozial erstrebenswert sein müssen. Sie kommt mit der geringstmöglichen Regelungsdichte aus und beinhaltet keine Wohlfahrtsdiktatur mit dem Gratisbürger als Statussymbol.

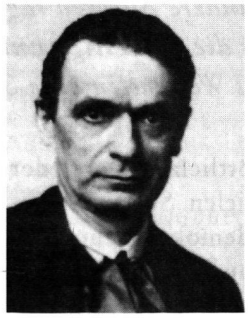
Wider den totalen Staat

Ob wir ihn Gesetzesstaat, Monopolstaat, Kommandostaat oder Einheitsstaat nennen, ob wir ihn mit dem monarchistischen Dekret vergleichen oder ob wir ihn gar als die organisierte Verantwortungslosigkeit enthüllen[1] – es ist der totale Staat, in den die westliche Welt immer weiter hineinzuschlittern scheint. Die zunehmende Erosion unseres Systems der sozialen Marktwirtschaft beängstigt ohne Zweifel jeden liberal eingestellten, ja, jeden kritischen, rational argumentierenden Menschen. Die daran weniger interessierte politische Mehrheit sollte sich darüber im klaren sein, dass die Folgen des totalen Staates an ihr nicht vorbeigehen. Ganz im Gegenteil. Mit Besitzstandsdenken, Anspruchsmentalität und purem Sicherheitsstreben lässt sich Zukunftsangst nicht überwinden.

Der einzelne muss sicher sein vor Übergriffen der politischen Mehrheit. Ein gangbarer Weg dafür ist die genannte Gliederung der Gesellschaft in mehrere Lebensbereiche. Vergleichbar mit einer Matrix-Organisation, wie man sie aus jedem modernen Grossbetrieb kennt, ist der einzelne Bürger in jedem der Bereiche aktiv. Diese Aufgliederung muss Hand in Hand gehen mit einer neuen Wirtschaftsordnung[2].

Zur Geschichte der Dreiteilung

Die Gedanken zur *Einordnung der Menschen* reichen zurück in die Antike. Der erste, der Geschichte machende Überlegungen dazu anstellte, war vermutlich *Platon,* ein Befürworter der Oligarchie. Er teilte die Menschen ein in der Art, wie Biologen heute Bienenvölker einteilen: in Bauern, Handwerker und Kaufleute zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse, in Krieger zum Schutz des Gemeinwesens, in Herrschende (vor allem Philosophen) zur Führung.



Rudolf Steiner (1861–1925)

Ganz ähnlich war die Dreiteilung «Nährstand» (Bauern) – «Wehrstand» (Adel) – «Lehrstand» (Klerus), die sich bei uns im Mittelalter abzuzeichnen begann. Es ging im Grunde um Stände, wie sie bis in unsere Tage anzutreffen sind, etwa beim Parteienspektrum.

Die Gedanken zur *Einordnung der Verhältnisse* sind dagegen jüngeren Datums. Soweit feststellbar, war der erste neuzeitliche Autor, der sich mit dem sozialen Organismus der Gesellschaft befasste, der Nationalökonom und Soziologe *Albert Schäffle,* Abgeordneter im Württembergischen Landtag (1862/65) sowie k.u.k. Handelsminister in Wien (1871). Er veröffentlichte u. a. vier Bände «Bau und Leben des sozialen Körpers» (1875/78). *Rudolf Steiner* griff diese Ideen auf, entwickelte sie in seinen «Aufsätzen über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915/21» weiter und äusserte sich dazu 1919 in mehreren öffentlichen Vorträgen über «Die soziale Frage» in Zürich, Bern und Basel. Steiner hat es leider versäumt, seine vielfältigen Gedanken systematisch zu konkretisieren. Diese sind, wenn man von Steiners gelegentlich irritierender, zeitbedingter Ausdrucksweise absieht, aktueller denn je.

Es ist zu hoffen, dass in absehbarer Zeit eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung heranreifen kann, und zwar diesmal von unten nach oben. Wenn wir von der ideologischen *Einteilung der Menschen in Stände* loskommen und zu einer sinnvollen *Gliederung der gesellschaftlichen Verhältnisse* finden, mit eigenständigen Lebensbereichen, haben wir eine gute Chance, einem Systemkollaps auszuweichen. ✦

1 Walter Wittmann: Wider die organisierte Verantwortungslosigkeit, Verlag Huber, Frauenfeld 1984.

2 Alexander Caspar: Wirtschaften in der Zukunft, Verlag Klett und Balmer, Zug 1996.

Rüdiger Görner

PRINZIPIENSTREIT

Mark Terkessidis über die «Neue Rechte» in Deutschland

Mark Terkessidis: Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995.

Sie redet von einem neuen nationalen *«Selbstbewusstsein» (Heimo Schwilk)*, von *«Erde und Heimat» (Gerd Bergfleth)*, von *«Dekadenz und Kampf» (Ansgar Graw)*. Sie weiss sich mit den Mythen verbunden und wähnt den Zeitgeist auf ihrer Seite: Die Neue Rechte in Deutschland bescheinigt sich selbst intellektuelle Salonfähigkeit. Man distanziert sich pflichtschuldig vom Holocaust und will mit der rechtsextremistischen Gewaltszene nichts zu tun haben. Man versteht sich auf die Unterscheidung zwischen rechtsradikal und rechtsextrem. *Klara Obermüller* hat die Absichten der Neuen Rechten so charakterisiert: *«Ihr Pathos ist das der Absonderung, ihr erklärtes Ziel die Rückbesinnung auf die antimoderne Tradition des deutschen Geistes und die Re-Etablierung einer Nation, die sich ihrer Vergangenheit nicht mehr zu schämen braucht.*[1]*»*

Das eben ist ihr zentraler Widerspruch: Einerseits bejaht die Neue Rechte die mythische Tiefenschärfe einer Politik, die sich an den «grossen» geschichtlichen Entwicklungslinien auszurichten habe, andererseits werden ihre Versuche immer waghalsiger, sich partiell von der Geschichte zu emanzipieren, namentlich durch die Historisierung der nationalsozialistischen Verbrechen. An materialreichen Untersuchungen zur Neuen Rechten mangelt es nicht; sie reichen von *Margret Feit* bis *Peter Glotz*, von *Noberto Bobbio* bis zu *Wolfgang Benz*[2]. Ein Blick auf frühere Studien zeigt, dass die Neue Rechte so neu nicht ist. Ihre nationalrevolutionären Konturen hat sie im Gefolge der Diskussion über *Brandts* Ostverträge agitierend herausgebildet, wie *Günter Bartsch* in seiner verdächtig apologetischen Dokumentation «Revolution von rechts?» (1975) gezeigt hat. Während dieser Aktionismus von einst ins Aktionistisch-Extremistische abglitt, empfiehlt sich die neueste Rechte als Teil des Nach-Wende *mainstream*-Denkens: Nationalisten im Massanzug, die *Heidegger* und *Carl Schmitt* zumindest auszugsweise lesen, in *Botho-Strauss*-Premieren gehen und martialische Rhythmen des völkisch werdenden *Heavy metal* als Aufputschmittel gebrauchen – nebst gezielten Dosen *Wagner*scher und *Liszt*scher Musik als akustischem Kontrastprogramm.

Mark Terkessidis konstatiert in seinem engagiert geschriebenen Essay über die Neue Rechte einen regelrechten *«Kulturkampf»* in und um Deutschand, aber auch in anderen europäischen Staaten, eine Auseinandersetzung zwischen politisch-ideologischen *«Konfessionen»*, wobei die Linke dadurch auffällt, dass sie – angesichts der zeitgeschichtlichen Ereignisse nicht verwunderlich – das Zutrauen zu sich selbst verloren zu haben scheint und mithin den schwächeren Kombattanten in diesem *«Kulturkampf»* darstellt. Auch auf die Grünen ist für die Linke kein Verlass mehr: Terkessidis unterstreicht dies mit harscher Kritik an *Antje Vollmer*. Sie habe der Neuen Rechten das Wort geredet mit ihrer Forderung nach einer *«Verantwortungsgemeinschaft»* für das Vaterland, die sich gegen den *«moralischen Egalitarismus»* der linken Gesinnungsethik ins Spiel gebracht habe. Die Kritik trifft nicht den Sinn von Vollmers Anliegen; geht es ihr doch in erster Linie um die Integrität der Intellektuellen, die sie in ihrer hinterfragenden Funktion für geradezu staatsnotwendig hält. Dass sie dies zu einer Zeit ausgesprochen hat, als die Verunglimpfung der Intellektuellen zynische Urständ in den deutschen Feuilletons feierte, spricht sehr für Vollmer. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Botho Strauss erkärte sie: *«Dies Land braucht auch eine gesellschaftliche Schicht, die sich für das Zentrum der Republik, für seine Kultur und Identität verantwortlich fühlt.*[3]*»* Zwar trifft zu, dass sie das Herstellen eines Gesellschaftskonsenses dabei in den Vordergrund intellektueller Aufgaben gerückt hat; aber es geht nicht an, wie Terkessidis dies versucht, Konsens gegen Kritik auszuspielen. Schliesslich gibt es einen Konsens durch

1 Klara Obermüller: Die neue Rechte in Deutschland, in: «Die Weltwoche» vom 5. Januar 1995, S. 18.

2 Margret Feit: Die «Neue Rechte» in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main / New York 1987; Peter Glotz: Die neue Rechte. Stuttgart 1987; Norbert Bobbio: Berlin und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin 1994; Wolfgang Benz (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1980.

3 Antje Vollmer: Woher kommt diese Wut?, in: «Der Spiegel» 46 / 1993, S. 256.

Kritik, was dieser Autor nicht wahrhaben will; stattdessen bemüht er sich nach Kräften, in die inzwischen gängig gewordene Abqualifizierung der *«Mitte»* als einem stets neu zu ermittelnden geistigen Ort, als Anspruch und Ordnungsfaktor einzustimmen[4]. Was Terkessidis nicht sieht: Indem er den konstruktiven Diskurs über die Mitte preisgibt, überlässt er der Neuen Rechten dieses sinnstiftende Feld[5].

In Gestalt von *Gerd Bergfleht* hat die Neue Rechte schon Anfang der achtziger Jahre nicht zu Unrecht bemerkt, dass die Linke vornehmlich durch «fröhlichen Nihilismus» auffalle, nicht aber durch eine engagierte Teilnahme an der Wertediskussion[6]. Ironie, so Bergfleth, habe bei der Linken die Ideologie (z)ersetzt. Das ist im Grunde ein sympathischer Zug gewesen, der jedoch ins Peinliche umschlagen kann, wenn unfreiwillige Ironie einen Lügen straft. So geschehen bei Terkessidis. Wiederholt wirft er aus linker Position der Neuen Rechten vor, dass sie einen kulturellen Antiamerikanismus pflege, was gleichzusetzen sei mit einem Mangel an Universalität. Richtig, nur vergisst der Autor im Eifer des Gefechts, dass die bundesdeutsche Linke jahrzehntelang nichts mehr gehegt hat als eben Antiamerikanismus. Die Ironie des Zustands nach der Wende ist doch, dass sich in diesem Punkt die Neue Rechte als gelehrige Schülerin der Alten Linken erweist. Man muss es endlich aussprechen: *Nolte* und seine Gefolgsleute auf der Neuen Rechten haben es doch deswegen so einfach gehabt mit ihrer «Historisierung» der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Relativierung durch Hinweise auf den stalinistischen Gulag und die Massaker von Vietnam, weil dies durch den radikalen Antiamerikanismus der Linken während des Vietnam-Krieges längst vorbereitet war. Es ist allzu selbstgerecht und selbstvergessen, wenn man den Antiamerikanismus für eine Erfindung der Neuen Rechten ausgibt.

Dennoch: Dieses Buch ist empfehlenswert, weil es Kontroversen anregen kann. Es ist provokant geschrieben, bietet wichtige Exkurse in die rechte Subkultur und wirft prinzipielle Fragen über die «kulturelle» Funktion der Neuen Rechten in der deutschen Gesellschaft nach der Wende auf. Zwar schleichen sich dann und wann Sachfehler in Terkessidis Buch ein; so stimmt es keineswegs, dass der bundesdeutsche Liberalismus erst in den achtziger Jahren *Carl Schmitt* und *Jünger* «entdeckt» habe; das geschah bereits in den frühen sechziger Jahren; man denke an den grossen Versuch über den «Partisanen» des einflussreichen Liberalen *Rolf Schroers*. Insgesamt freilich gelingt dem Autor immerhin, dass er seine Leser wachrütteln kann, auch wenn er selbst nicht immer auf festem Grund steht. ✦

4 Vgl. dazu: Bruno Schoch: Renaissance der Mitte – Ein fragwürdiger Bestandteil deutscher Ideologie kehrt wieder, in: Ders. (Hrsg.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft. Frankfurt am Main 1992, S. 120–149.

5 Wie vielgestaltig die Mitte sein kann, zeigt der Band von Bernd Guggenberger und Klaus Hansen (Hrsg.): Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur. Opladen 1993.

6 Gerd Bergfleth: Die fröhlichen Nihilisten. Linke Ironie und Ironie über Linke, in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 12. April 1980.

SPLITTER

Der Nationalismus ist nicht das Erwachen und die (Selbst-)-Behauptung von mythischen, angeblich natürlichen und vorgegebenen Einheiten. Er bedeutet im Gegenteil die Kristallisierung neuer Einheiten, die für die nun vorherrschenden Verhältnisse geeignet sind, wenn dabei auch zugegebenermassen als Rohstoff das kulturelle, historische und andere Erbe der vornationalistischen Welt benutzt wird.

Aus: Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, aus dem Englischen übersetzt, Rotbuch Verlag, Berlin 1991, S. 77